



Das Spaßbad „FehMare“ auf der Insel Fehmarn: Prognostiziert waren gut 130 000 Besucher im Jahr. Baden gingen jedoch nur halb so viele.
Foto Stamp

Mehr Aufenthaltsqualität für die Innenstadt: So könnte der sogenannte Kleine-Kiel-Kanal aussehen.
Visualisierung Gisbert Jungermann

Diese Urinale auf dem Bahnhofsklo von Raisdorf sorgten für Ärger. Weil offenbar ein Bewegungsmelder defekt war, spülte die Toilette 2010 fast rund um die Uhr.
Foto Seliger

Kiel ist Krösus beim Verschwenden

Der Bund der Steuerzahler stellt in seinem neuen Schwarzbuch die Landeshauptstadt an den Pranger

Kiel. Schleswig-Holsteins Steuerzahlerbund hat die Landeshauptstadt an den Pranger gestellt. Bei der Vorstellung des Schwarzbuchs 2012 warf der Verband den Politikern in Kiel vor, mit Plänen für eine Stadtrationalbahn sowie einen Kanal zwischen Bootshafen und Kleinem Kiel „unbezahlbare Projekte“ zu verfolgen und so Millionen zu vergeuden. In Schleswig-Holstein wurde ein Dutzend weiterer „Skandale“ gerügt.

Von Ulf B. Christen

„Jeder Euro, der sinnlos ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle“, mahnte Verbands-Vizepräsident Roger H. Müller gestern im Landehaus.



Noch steht das Projekt Stadtrationalbahn nicht im Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes, wird aber als „schlicht unbezahlbar“ angese-

Todeskino:
„Das ist Polemik pur“

Kiel. Bürgermeister Peter Todeskino (Grüne) hat die Kritik des Steuerzahlerbundes gestern als „pure Polemik“ zurückgewiesen. Gutachter würden der Stadt nach dem Bau eines Kiel-Kanals 200 Arbeitsplätze voraussagen. Und Investitionen seien nicht zuletzt aufgrund der Konkurrenz des neuen Factory Outlet Centers in Neumünster unerlässlich. Für fragwürdig hält Todeskino die „pauschale Kritik“ an der Stadtrationalbahn: „Wir müssen unsere Region weiterentwickeln.“

Susanne Gaschke, OB-Kandidatin der SPD, stellte klar, dass die beiden Vorhaben unter dem Grundsatz der Sparsamkeit behandelt werden müssten. „Aber deshalb ist ein Architektenwettbewerb zum Kiel-Kanal auch so gut.“ Sowohl hier als auch bei der Stadtrationalbahn seien die Bürger intensiv zu beteiligen.

Andreas Tietze, OB-Kandidat der Grünen, warf den Kri-

ler gestern im Landeshaus. Das gelte auch für Kiel. Die Stadt solle lieber Geld in die Sanierung von Schulen und Sportplätzen stecken als mit teuren Prestigeprojekten von der desolaten Haushaltslage abzulenken.

Die Sündenfälle: Der geplante Wasserlauf in der City ist mit Kosten von bis zu elf Millionen Euro aus Sicht des Steuerzahlerbundes „ein luxuriöser Tretbootkanal“. Sein Unterhalt werde bis 150 000 Euro im Jahr verschlingen. „Kiel wird sich an diesem Projekt verheben“, sagt Müller. Das Geld für den Architektenwettbewerb und weitere Planungen (insgesamt 440 000 Euro) sei damit „höchstwahrscheinlich verschwendet“.

Stadtregionalbahn: Das Großprojekt (382 Millionen Euro), das (noch) nicht im Schwarzbuch steht, ist laut Steuerzahlerbund „schlicht unbezahlbar“. Müller warnte die Bahnbefürworter vor „falscher Euphorie“. Das Streckennetz müsse „stark abgespeckt“ werden. Zudem lasse es der Straßenverkehr in der City kaum zu, Bahngleise etwa in der Holtener Straße zu verlegen.

„Gorch Fock“: Ins Schwarzbuch fuhr das Segelschiff mit Heimathafen Kiel, weil die Kosten für die Beseitigung der Rostschäden am

Noch steht das Projekt Stadtregionalbahn nicht im Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes, wird aber als „schlicht unbezahlbar“ angesehen. Animation Stadt Kiel

Rumpf der Bark explodierten. Angesetzt war eine Million Euro. Fällig wurden fast zehn Millionen. Deutlich teurer als geplant wurde auch der Übungsmast für die Kadetten in Flensburg.

Nord-Ostsee-Kanal: Harsche Kritik übte Müller hier am Bund. Grund: Berlin stelle keine Mittel für den Ausbau der Oststrecke bis Kiel bereit, obwohl das Wasser- und Schifffahrtsamt Holtenau das Projekt „in vorbildlicher Form“ vorbereitet und mehr als zehn Millionen Euro investiert habe. Selbst Kreuzottern, die an der Kanalböschung lebten, seien bereits umgesiedelt worden.

Fehmarn: Das Spaßbad auf Fehmarn ist für Müller ein trauriges Beispiel dafür, dass Gutachter bei Großprojekten oft daneben liegen. Prognostiziert waren gut 130 000 Besucher im Jahr. Baden gingen nur halb so viele. Für die Millionenverluste kam die Mittelzentrumsholding (Bad Segeberg und Wahlstedt) auf. Sie ist inzwischen aus dem Spaßbad ausgestiegen.

Sturmflutwelten: Der Erlebnispark in Büsum sollte laut Gutachten 200 000 Besucher im Jahr anlocken. Nur 75 000 kamen. Jahresdefizit: 1,5 Millionen Euro. Der Steuerzahlerbund forderte Land und

Kommunen auf, bei der Vergabe von Gutachten für den Fall von Fehlprognosen Haftungsklauseln einzubauen. So ließen sich „Gefälligkeitsgutachten“ verhindern.

Itzehoe: Bei der Planung einer neuen Sporthalle wurden die Außenanlagen laut Müller schlicht vergessen. Parkplätze, Fahrradständer und Zäune kamen später hinzu. Der Irrtum kostete die Stadt mehrere Hunderttausend Euro. Sie prüft nun, ob sie den Architekten in Regress nehmen kann.

Eutin: Die Rosenstadt will

2016 die Landesgartenschau ausrichten. Der Steuerzahlerbund warnt vor möglichen Verlusten, weil die bisherigen Blumenschauen in Schleswig und Norderstedt unter dem Strich rote Zahlen schrieben.

Schwentinental: Unter der Rubrik „Scurriles“ findet sich im Schwarzbuch das Bahnhofsklo von Raisdorf. Weil offenbar ein Bewegungsmelder defekt war, spülte die Toilette 2010 fast rund um die Uhr. Die Gebühren für Wasser und Abwasser (17 200 Euro) muss letztlich der Steuerzahler aufbringen.

Im Schwarzbuch finden sich auch Fälle, in denen der Steuerzahlerbund mit seiner Schelte erfolgreich war. Das Land sorgte dafür, dass Beamte in den Kommunen nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip Leistungsprämien erhalten. Der Kreis Herzogtum Lauenburg stellte eine fragwürdige Werbekampagne ein, der Kreis Pinneberg kündigte die Verträge mit einem Jugendheim in Dänemark – und spart so ab 2014 mindestens 35 000 Euro im Jahr.

Andreas Tietze, OB-Kandidat der Grünen, warf den Kritikern vor, beim Thema Stadtregionalbahn zu schwadronieren. „Im Hamburger Umland würde sich niemand über den Bau einer S-Bahn-Linie 4 aufregen.“ 170 Millionen Euro Zuschuss vom Bund und 55 Millionen Euro vom Land: „Dieses Geld hebe ich doch auf jeden Fall auf.“ Zum Kiel-Kanal äußerte sich Tietze vorsichtiger als zu Beginn der Woche. Über das Projekt an sich lasse sich streiten. „Aber Innenstädte brauchen Innovationen.“

Jörn Biel, Kieler IHK-Hauptgeschäftsführer, bescheinigte dem Kanal große Impulskraft. Die Mehrzahl der Innenstadthändler verspreche sich eine Menge – „sofern dieverkehrliche Erreichbarkeit nicht infrage gestellt wird“.

Gert Meyer, OB-Kandidat der CDU, schloss sich dagegen den Ausführungen des Steuerzahlerbundes an. Eine Stadtregionalbahn sei zwar wünschenswert. „Aber damit würde Kiels Haushalt erneut strukturell belastet. Unverantwortlich!“ Den Kanal lehnt Meyer auch aus inhaltlichen Gründen ab. „Würden wir uns für beide Projekte entscheiden, müsste alles andere unter den Tisch fallen. Was wird dann aus unserer Forderung nach Bildung, Bildung, Bildung?“ CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp bezeichnete die Stadtregionalbahn als „grünen Albtraum“. zel

Bundesweit hat die Hauptstadt Berlin die Nase vorn

Berlin. Rund 100 Fälle von behördlicher Verschwendung, von Fehlplanung, Missmanagement, Schlamperie und Unachtsamkeit aus allen Teilen der Republik hat der Bund der Steuerzahler (BdSt) in seinem neuesten, dem 40. Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“ zusammengetragen. Doch das Schlamassel um den Großflughafen Berlin-Brandenburg (BER), bei dem die Kosten auf weit über vier Milliarden Euro explodier-

ten, schlägt die anderen Verschwendungsfälle um Längen. Für den BdSt-Präsidenten Reiner Holznapel ist BER ein trauriges Paradebeispiel dafür, wie Politik und Verwaltungen zu kurzfristig planen, wie die Kosten nur im Minimalansatz durch die politischen Gremien gebracht werden, wie wichtige Bestandteile schlicht vergessen werden oder wie sich Änderungswünsche im Nachhinein als Kostentreiber herausstellen. Im Fall BER mo-

nierte Holznapel, wenn die Politik den Aufsichtsrat dominiere, ohne dass sie über den nötigen Sachverstand verfüge, müsse sie trotzdem die Verantwortung übernehmen. „Klar ist jedenfalls, dass mehr Sorgfalt und Sachverstand bei Großprojekten in Deutschland bitter nötig sind“, verlangte Holznapel.

Gleichzeitig rief der BdSt-Präsident die Bürger dazu auf, den öffentlichen Verwaltungen weiterhin genau auf die Finger zu schauen. PZ